

Schweiz



Noch zeitgemäss? Elefanten zeigen im Circus Knie Kunststücke. Foto: Walter Bieri (Keystone)

Papiertiger für Zirkuselefanten

Während immer mehr Länder die Haltung von Wildtieren in Zirkussen verbieten, erlässt die Schweiz bloss neue Vorschriften. Vielen Tierschützern genügt dies nicht.

Felix Maisie

Elefanten, Bären, Tiger und Seelöwen gehören für viele ebenso zum Zirkus wie Clowns und Artisten. In den letzten Jahren haben jedoch immer mehr Länder die Haltung und Vorführung von Wildtieren in Zirkussen verboten. Vor allem auf Tourneen kann den Bedürfnissen vieler Wildtiere kaum entsprochen werden. Bereits 18 Länder in Europa verbieten Zirkussen deshalb inzwischen, Wildtiere zu halten oder schränken deren Haltung zumindest stark ein. Zuletzt haben die Niederlande im Dezember ein Totalverbot eingeführt. Seit diesem Jahr gilt ein solches auch in Grossbritannien. In Deutschland verbieten immer mehr Länder und Städte Zirkusvorführungen mit Wildtieren.

Die Schweiz geht einen anderen Weg: Die Tierschutzverordnung regelt die Haltung von Wildtieren insgesamt. Festgeschrieben werden vor allem die Mindestanforderungen an die Gehegegrösse. Für Zirkusse freilich macht der Gesetzgeber eine Ausnahme. Auf Tourneen dürfen die Abmessungen der Gehege zeitweise unterschritten werden.

Ab dem 1. März sind die Bedingungen für diese Ausnahmen in einer neuen Amtsverordnung des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) geregelt. «Ausnahmen kön-

nen während der Tournee gewährt werden, wenn die betroffenen Tiere mindestens dreimal pro Tag art- und bedürfnisgerecht beschäftigt werden», schreibt das BLV dazu. Die Abweichungen vom Mindeststandard dürfen zudem nicht permanent sein und müssen zu Tourneebeginn gemeldet werden.

Die Frage nach der Tierwürde

Für Nathalie Dubois von der Stiftung Pro Tier ist die neue Verordnung im Bereich der Zirkustiere nicht viel wert. «Das ist ein Papiertiger, der den Tieren kaum etwas bringt und niemandem wehtut», sagt sie. Dubois bemängelt insbesondere, dass die Überprüfung einzelner Dressurnummern nicht in die Verordnung aufgenommen wurde. Die kantonalen Veterinärämter der Zirkus-Standortkantone, welche die Tourneebewilligungen erteilen, hätten so beurteilen können, ob Dressurnummern tiergerecht sind. «Jetzt kann ein Zirkus mit seinen Tieren vorführen, was er will», so Dubois. «Wer einen Werbefilm mit Tieren drehen will, muss hingegen genau angeben, wie er die Tiere einsetzt und was diese machen müssen.»

Der Kritik schliesst sich die Stiftung für das Tier im Recht an. «Das BLV hat in der Vergangenheit selbst betont, dass die Masse in der Tierschutzverordnung bloss absolute Mindestanforderungen

darstellen und somit eine Grenze zur Tierquälerei sind», sagt Stiftungsmitarbeiter Andreas Rüttimann. Er vermisst in der Regelung auch die Frage nach der vom Gesetz geschützten Würde der Tiere und wundert sich über das Verständnis der Tierschutzbeamten im BLV. Dem Zirkuspublikum würden «die erstaunlichen körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Tiere vorgeführt», heisst es im BLV-Positionspapier zum Thema. «In der Regel werden bei einer Dressur natürliche Verhaltensweisen von Tieren verstärkt und verändert. Die ersten Dressuren von exotischen Tieren wurden in Europa bereits um das Jahr 1800 vorgeführt», schreibt das Bundesamt weiter.

«Seit 1800 hat sich unser Verhältnis zu Tieren hoffentlich verändert», empört sich Dubois. In Zirkussen gehe es noch weniger als in Zoos um die naturnahe Präsentation von Wildtieren, sondern ums reine Entertainment, meint dazu Jurist Rüttimann. Bei einer Güterabwägung sei das kein schutzwürdiges Interesse, kritisiert er.

Knie hält an Wildtieren fest

Die Ausnahmeregelungen für Zirkustiere hat in der Vernehmlassung auch der Schweizer Tierschutz (STS) als «Skandal» bezeichnet. Mit öffentlicher Kritik am populären Circus Knie hält er sich aber zurück. Seit längerem publi-

ziert der grösste Schweizer Tierschutzverband jährlich einen Zirkusbericht, in dem Knie stets als vorbildlich bewertet wird. Knie sei im Übrigen der einzige Zirkus, der mit seinen Elefanten überhaupt noch klassische Wildtier-Dressurnummern zeige, sagt Sara Wehrli, Leiterin der Fachstelle für Wildtiere beim STS und Co-Autorin des Zirkusberichts. Daneben sei nur noch der Circus Royal mit ein paar Nandus, grossen Laufvögeln, unterwegs. Und gelegentlich würden auch noch Wildtier-Nummern aus dem Ausland engagiert, so Wehrli. Früher oder später müsse sich aber auch die Schweiz der europaweiten Diskussion um ein Wildtier-Halteverbot stellen, heisst es im jüngsten Zirkusbericht.

Das hält man beim Circus Knie für unnötig. «Knie betreibt eine mustergültige Tierhaltung, wie uns von Fachkreisen und Publikum gleichermaßen attestiert wird», sagt Fredy Knie jun. Mit der neuen Verordnung hat Knie deshalb auch keine Mühe. «Diese Anforderungen betrachten wir als Selbstverständlichkeit.» Generelle Wildtierverbote wie in anderen Ländern hält Knie jun. hingegen für falsch: «Wenn man die Tiere aus der Manege nimmt, entzieht man sie früher oder später dem Bewusstsein des Publikums. So löst man auch nicht das wahre Problem, dass viele Tierarten in den nächsten Jahren aussterben.»

Bundesrat setzt bei künftigen Klimazielen auf das Ausland

Das Reduktionsziel für Treibhausgase von 50 Prozent ist ehrgeizig und wird harsch kritisiert.

Martin Läubli

Der Ausstoss der Treibhausgase in der Schweiz soll bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 sinken. Dieses Ziel hat Umweltministerin Doris Leuthard gestern offiziell bekannt gegeben. Damit ist die Schweiz auf den ersten Blick ehrgeiziger als die EU. Allerdings will die Europäische Union ihr Reduktionsziel von 40 Prozent im Inland erreichen. Die Schweiz hingegen strebt an, 20 Prozent der Emissionen durch Klimaprojekte in Entwicklungsländern zu reduzieren. «Die Schweiz trägt zwar mit nur 0,1 Prozent der Emissionen wenig zum globalen Anstieg bei, trotzdem müssen wir international Flagge zeigen», sagte Umweltministerin Doris Leuthard gestern an der Medienkonferenz. Es wäre ethisch unkorrekt,

abseitszustehen, zumal die Schweiz Produkte importiere, die bei der Herstellung viel Treibhausgase produzieren.

Für den Entwicklungs- und Umweltverband Klima-Allianz zeigt die Schweiz damit wenig Ehrgeiz. «Völlig inakzeptabel», sagt WWF-Klimaexperte Patrick Hofstetter, der die Allianz von 50 Organisationen koordiniert. Besonders enttäuscht ist die Vereinigung über das geplante Auslandengagement. Die Schweiz senke damit die Emissionen im Inland ab 2020 um nur ein Prozent jährlich und falle hinter die EU und die USA zurück.

Der Bundesrat ist hingegen überzeugt, dass die Reduktionsziele im Ausland effizienter und kostengünstiger zu erreichen sind. In der Erklärung an das Sekretariat der UNO-Klimarahmenkonvention begründet er das Klimaziel mit den inländischen Umständen. Die Schweiz produziere den Strom praktisch ohne Emissionen von Treibhausgasen, und es gäbe keine starke Schwerindustrie. Das erhöhe die Kosten, um den Ausstoss des Treibhausgases CO₂ zu senken. Fortschritte bei den Energiesystemen der Gebäude und im Verkehr, wo das

grösste Reduktionspotenzial vorhanden ist, sei nur langfristig zu erreichen. Bundesrätin Leuthard beteuerte bereits früher, dass nur schon das Reduktionsziel bis 2020 von 20 Prozent im Inland schwer zu erfüllen sei.

Keine Regeln für Klimaprojekte

Politisch steht das Engagement im Ausland auf einer schwachen Basis. Auch Leuthard musste zugeben, dass das Anrechnungssystem ausländischer Klimaprojekte Schwächen aufzeigt. Es gibt bisher keine Regeln, wie ausländische Zertifikate nach 2020 angerechnet werden. Die Schweiz setze allerdings alles daran, um das Verfahren im neuen Klimavertrag zu verbessern, sagt Franz Perrez, Leiter der Schweizer Delegation an den Klimaverhandlungen. So hat die Schweiz an den Klimaverhandlungen in Genf Anfang Februar einen Vorschlag gemacht, wie doppelte Anrechnungen vermieden werden können. Denn bisher ist nicht geregelt, ob Auslandsreduktionen im Auftrag der Schweiz nicht auch noch im Gastland verrechnet werden. Ob das bereits in den neuen Klima-

vertrag einfließen wird, ist unsicher. Auch der Wirtschaftsverband Swisscleantech hat vom Bundesrat «mehr Klarheit und Mut» erwartet und weist auf die Haltung von CEOs von Firmen wie Unilever und Swiss Re, die aktive Klimapolitik als Wachstumspolitik betrachteten und nicht als Hürde für eine prosperierende Wirtschaft.

Im Konzept von Swisscleantech sollen die Treibhausgase bis 2030 um 60 Prozent gesenkt werden, davon 45 Prozent im Inland. Sein Gegenspieler, die Economiesuisse, hingegen findet schon die angepeilten 30 Prozent des Bundesrats als unrealistisch.

Die Schweiz hat das Ziel im Rahmen der Klimakonvention bekannt gegeben – unter Vorbehalt, dass das Parlament damit einverstanden sein wird. Ein Entwurf zur entsprechenden Revision des CO₂-Gesetzes geht Mitte 2016 in die Vernehmlassung.



Infografik: So erhalten sie den Klimadurchblick

klimaziele.tagesanzeiger.ch

Volksabstimmungen

Parolen für den 8. März

Initiative der CVP für «Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»

Mit dem Anliegen will die CVP die Familienzulagen von der Steuer befreien. Es geht um 5,3 Milliarden Franken, die heute bei Bund, Kantonen und Gemeinden der Einkommenssteuer unterliegen. Die monatlichen Kinderzulagen betragen im Minimum 200 Franken, die Ausbildungszulagen für Jugendliche und junge Erwachsene mind. 250 Franken.

Ja: CVP, SVP, EVP, EDU, Pro Familia, BDP-Sektionen FR und GE.

Nein: SP, FDP, Grüne, BDP, GLP, SVP-Sektionen AG, GE, GL, LU, NE, NW, OW, SH, SZ, TG und ZG, Economiesuisse, VPOD, Konferenz der kant. Finanzdirektoren.

Initiative «Energie-statt Mehrwertsteuer» der GLP

Die Grünliberalen wollen mit ihrer Initiative die Mehrwertsteuer abschaffen und sie durch eine Steuer auf nicht erneuerbare Energie ersetzen. Atomstrom, Benzin und Heizöl würden damit deutlich teurer. Wie gross der Preisaufschlag wäre, ist umstritten. Der Bundesrat rechnet schon kurz nach Umsetzung der Initiative mit einer Steuer von rund 3 Franken pro Liter Benzin und Heizöl. Die Initianten mit etwa einem Franken.

Ja: GLP, Grüne, VCS, WWF.

Nein: SVP, SP, FDP, CVP, BDP, EVP, EDU, Gewerbeverband, Economiesuisse, Travail.Suisse, VPOD.

Nachrichten

Staatsfinanzen

Finanzpolitiker wollen pro Jahr 1,5 Milliarden sparen

Die roten Zahlen des Bundes bereiten der Finanzkommission des Nationalrats Sorge. Sie ist mit den geplanten Sparmassnahmen des Bundesrats einverstanden, fordert aber zusätzliche. Nichts hält sie aber von drastischen Sparmassnahmen beim Bundespersonal. Sie hat Anträge für eine Reduktion oder Plafonierung der Vollzeitstellen deutlich abgelehnt, wie Kommissionspräsident Leo Müller (CVP, LU) gestern sagte. Ja sagte sie zur Forderung nach einer weiteren Aufgabenüberprüfung: Der Bundesrat soll 2017 bis 2019 durch den Verzicht auf bestimmte Aufgaben jährlich 1,5 Milliarden Franken einsparen. (SDA)

Champ-Dollon

31 Häftlinge wegen Schlägereien verurteilt

Die Genfer Staatsanwaltschaft hat 31 Häftlinge wegen der Schlägereien verurteilt, die sie vor einem Jahr in der Strafanstalt Champ-Dollon angezettelt hatten. In den meisten Fällen liegen die ausgesprochenen Strafen nicht über drei Monaten Gefängnis, wie die Staatsanwaltschaft gestern einen Bericht der «Tribune de Genève» bestätigte. Bei den Schlägereien vor einem Jahr waren 26 Gefangene und acht Aufseher verletzt worden. (SDA)

Bundesrat

Bessere Aktenführung nach teurem IT-Desaster

Der Bundesrat will im Nachgang des Scheiterns des Informatikprojekts Insieme Massnahmen ergreifen. Er sei bereit, einen Grossteil der Empfehlungen parlamentarischer Kommissionen anzunehmen, teilte er gestern mit. Unter anderem will er die Aktenführung und Archivierung verbessern. Dadurch soll sichergestellt werden, dass bei Wechsels in der Departementsführung die Kontinuität der Geschäfte sichergestellt ist. Das gescheiterte Projekt Insieme kostete 116 Millionen Franken. (SDA)

Korrekt

Freispruch

In der Berichterstattung über das Urteil des Gerichtshofs für Menschenrechte zur «Kassensturz»-Sendung von 2003 (TA vom Mittwoch) ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Die Verantwortlichen der Sendung sind erstinstanzlich vom Bezirksgericht Dielsdorf freigesprochen und nicht - wie fälschlicherweise geschrieben - verurteilt worden. (TA)